

# Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf  
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

16.01.2020

**CDU** Fraktion Berlin

## Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften

Auf Antrag der CDU-Fraktion ([Drucksache 18/1323 Neu](#) und [Drucksache 18/2350](#)) wird in der 52. Plenarsitzung am 16.01.20 über die **Wiedereinführung der Lehrer-Verbeamtung** [diskutiert](#).

Der rot-rote Senat hat 2004 die Entscheidung getroffen, den Beamtenstatus für Lehrer abzuschaffen, um einerseits Geld zu sparen und andererseits in der Hoffnung, eine Vorreiterrolle für andere Bundesländer einzunehmen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, denn 16 Jahre später ist Berlin das einzige Bundesland, das seine Lehrer als Angestellte beschäftigt und nicht verbeamtet.



Das ist nicht ohne Folgen geblieben: Seit 2004 kann beobachtet werden, dass sich zahlreiche junge in Berlin ausgebildete Lehrer zu besseren Konditionen in anderen Bundesländern niederlassen. Dabei hat Berlin als wachsende Stadt eine jährlich steigende Zahl an Schülern und somit einen steigenden Bedarf an Lehrern. Es wurde versucht, den entstandenen Mangel durch die Einstellung von Quereinsteigern zu kompensieren. Doch auch diese Notfall-Maßnahmen schützen Berliner Schulen nicht vor Stundenausfall wegen zu weniger Lehrkräfte.

Aus diesen Gründen fordert die Berliner CDU-Fraktion schon seit Jahren eine Korrektur des rot-roten Irrwegs und die Wiedereinführung der Verbeamtung für Lehrer.

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



**Oliver Friederici**

*Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft*

**Christian Goiny**

*Sprecher für Haushalt und Medien*

**Adrian Grasse**

*Sprecher für Forschung*

**Cornelia Seibeld**

*Sprecherin für Integration und Kirchen*

**Stephan Standfuß**

*Sprecher für Sport, Sprecher 1. Untersuchungsausschuss "Terroranschlag Breitscheidplatz"*

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie **anklickbare** Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

Antrag [Drucksache 18/2361](#)

## Radikalisierung im Internet vorbeugen

Antrag zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung

**Cornelia Seibeld**

Fast schon zu spät ist es, wenn das eigentlich an Religion nie interessierte Kind nach Hause kommt und in einer Brandrede den „Heiligen Krieg“ verteidigt. Oder es verurteilt Israel und die jüdische Religion plötzlich als verbrecherisch. Religiöse Radikalisierung findet in Berlin statt. Der Unterschied zu früher? Heute haben wir technisch gesehen die größte Medienvielfalt, die es jemals gab. Hinzu kommen die immer einfacher werdenden Möglichkeiten, auch mit einfachst hergestellten Publikationen aller Art größte Reichweite zu generieren. Gerade Internetvideos haben in diesem Zusammenhang die größte Effizienz. Das nutzen Gruppen und Einzelne, die Menschen in unserer Gesellschaft beeinflussen oder verhetzen wollen. Und sie tun das schneller, als der Staat das unter Kontrolle bekommen kann.

Auch Jugendliche, die sich für den Islam im Allgemeinen oder insbesondere für Islamismus, Salafismus, Dschihadismus oder die politischen Konflikte in muslimisch geprägten Ländern im Besonderen interessieren, nutzen das Internet als favorisiertes Informationsmedium.

Indoktrination, die zu Radikalisierung führt – das ist gerade im religiösen Bereich ein wachsendes Problem. Kinder und Jugendliche in Berlin sind zunehmend der ideologischen Bombardierung durch Salafisten und Islamisten ausgesetzt.

Weil wir das nicht wollen - ja, weil wir das unter keinen Umständen akzeptieren können - müssen wir auf allen Ebenen handeln. Deshalb ist es wichtig, dass auch Institutionen, wie die Berliner Landeszentrale für politische Bildung, ihren Auftrag erweitern. Sie müssen im digitalen Zeitalter ihrer Verantwortung gerecht werden können.

Deswegen fordern wir den Senat mit einem Antrag auf, dort dringend die Situation zu verbessern: die digitale Präsenz der Landeszentrale braucht eine deutliche Verbesserung der Wirksamkeit. Ob Instagram, Twitter oder auch das gelegentlich als „alte Leute“-Medium bezeichnete Facebook: in allen sozialen Online-Medien und auch in den Suchmaschinen braucht es Aufklärung über Fakten, die Schulung des kritischen Nachfragens und die demokratische Bildung. Wir können es uns nicht leisten, dass wir in den sich dynamisch verändernden digitalen Medien eine Leerstelle der politischen Bildung lassen.



Wir fordern den Senat auf, dort ein auf Jugendliche und ihr Internetnutzungsverhalten zugeschnittenes attraktives deutschsprachiges Online-Angebot erarbeiten zu lassen. Es soll einerseits korrekt und differenziert über theologische Fragen des Islams informieren und andererseits vor den menschlichen Schrecken und den vermeintlichen „Verheißungen“ des sogenannten „Heiligen Krieges“ warnen. Dabei dürfen die politischen Fragen des Syrien- und des Palästina-Konfliktes nicht ausgespart werden.

Wenn wird der Radikalisierung nicht frühzeitig durch Aufklärung entgegenwirken, werden wir ein Mehrfaches für Sicherheit aufwenden müssen.

---

### Weiteres aus den letzten Wochen

Weil sich Rot-Rot-Grün im Ausschuss zum Thema Mietendeckel weigerte, eine angemessene Anzahl an Experten anzuhören, haben wir als CDU-Fraktion kurzerhand selbst zu einem großen Fachgespräch eingeladen – mit verheerendem Fazit für die unsozialen, rechtsunsicheren Pläne der Linkskoalition.

Bezüglich der Einigung bei der S-Bahn-Ausschreibung ließ der Senat weiter Zeit verstreichen. Stattdessen verwickelt sich Rot-Rot-Grün immer tiefer in einen handfesten Immobilienskandal mit der „Diese e.G“ und ruft die Klimanotlage aus.

Letzteres jedoch ohne konkrete Vorschläge zu machen, die nicht mit „Verbrennungsmotor abschaffen“ beginnen. Wir hätten da mal einen: Herr Müller könnte endlich seinen bundesweit klimaschädlichsten Dienstwagen wechseln.

---

### Schriftliche Anfrage

## Kein Nachfolgekonzept für die Kinderrettungsstelle in Steglitz

**Adrian Grasse**

Im Juli wurde die [Kinderrettungsstelle in Steglitz geschlossen](#). In einer Anfrage an den Senat hat sich Adrian Grasse erkundigt, was eigentlich aus dem Konzept geworden ist, das nach der Schließung der Kinderrettungsstelle versprochen wurde. Der Senat hatte im letzten Jahr ein Konzept zur umfassenden Betreuung akut erkrankter Kinder im Südwesten der Stadt angekündigt. Die Antwort ist enttäuschend, denn außer ein paar Info-Flyern und Aushängen in Praxen, gibt es gar kein Konzept.

Die Schließung der kinderärztlichen Notfallambulanz am CBF erfolgte damals ausdrücklich unter Auflagen. Dass zu den geeigneten Maßnahmen, die umgesetzt werden sollten, nicht mal ein ärztlicher Notfalldienst für Kinder in der Nacht gehört, ist aus Sicht der CDU ein Skandal. Im Nachhinein stellt sich die Schließung der Kinderrettungsstelle als schwerer politischer Fehler heraus.



Der katastrophale Versorgungsengpass in der Kindernotfallversorgung ist beschämend. Dass jetzt sogar [Kinderpatienten aus Kapazitätsgründen abgewiesen](#) werden müssen, ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Angesichts dieser Engpässe ist es völlig unverständlich, warum der Senat entgegen aller Warnungen im Juli die Kinderrettungsstelle im Benjamin-Franklin-Krankenhaus geschlossen hat.

---

### Fragestunde

## Senat muss endlich Klarheit schaffen bei der S-Bahnausschreibung

**Oliver Friederici**

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus unverzüglich einen aktuellen Zeitplan für die S-Bahn-Ausschreibung der Teilnetze 2 und 3 vorzulegen. Dieser soll neben den Terminen der einzelnen Teilschritte und der Identifikation genauer Zuständigkeiten auch die jeweiligen Ausschreibungsmodalitäten transparent darstellen.

Diesen Parlamentsantrag wird die Berliner CDU-Fraktion in wenigen Tagen der Öffentlichkeit präsentieren. Denn: Jede Verzögerung führt zu einer Schwächung in der nachhaltig zu sichernden infrastrukturellen Versorgung der Berlinerinnen und Berliner. Das ist im Interesse aller Fahrgäste und unbedingte Voraussetzung dafür, langfristig möglichst viele Menschen für die Nutzung des ÖPNV zu motivieren. Die gegenwärtige Untätigkeit des Senats kann sich unsere Metropolregion nicht länger leisten.

*Wissenschaftsausschuss*

**Neues Herzzentrum in Berlin**

**Adrian Grasse**

Auf Initiative der CDU fand eine Anhörung im Wissenschaftsausschuss zum [Neuen Herzzentrum](#) statt. Dass die Finanzierung nun steht - auch dank des Bundeszuschusses in Höhe von 100 Mio. Euro - ist eine gute und wichtige Nachricht.



Berlin hat damit die Chance auf das innovativste Herzzentrum Deutschlands erhalten. Wenig erfreulich war aus unserer Sicht allerdings die Dauer des bisherigen Verfahrens. Wir werden das Thema weiter kritisch begleiten!

*Wissenschaftsausschuss*

**Hochschulprofessur muss verbeamtet bleiben**

**Adrian Grasse**

Anlässlich der Diskussion im Wissenschaftsausschuss setzt sich die CDU-Fraktion weiter für eine Verbeamtung von Hochschulprofessoren ein. Sie sollen in Ausübung der Wissenschaftsfreiheit gerade nicht von Hochschulen und Drittmittelgebern abhängig sein.



Die Aufhebung des Beamtenverhältnisses in Berlin würde zu einer Abwanderung von wissenschaftlich qualifiziertem Personal in Bundesländer mit entsprechender Verbeamtung führen. Wenn Berlin ein hervorragender Wissenschaftsstandort bleiben will, müssen die Anreize für Wissenschaftler hochgehalten und dürfen nicht gestrichen werden.

*Presse*

**Die IAA gehört nach Berlin**

**Oliver Friederici**



Die Berliner lassen sich von den Grünen das Autofahren nicht verbieten. Sie verstehen, dass die Ausrichtung der Internationalen Automobilmesse eine große Chance ist für Wirtschaft, Arbeitsplätze und technologische Innovationen „Made in Berlin“ ist.



Deshalb will die CDU-Fraktion auch entschieden weiter für die IAA in Berlin werben – und das muss auch die Berliner Linkskoalition tun! Weitere Parlaments-Initiativen sind in Arbeit, das versicherte der Verkehrssprecher der Berliner CDU-Fraktion, Oliver Friederici.



### Fragestunde

## Roller- und Räder-Chaos vermeiden: Ausweitung der Leihangebote nur mit Verkehrskonzept

**Oliver Friederici**

Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, hat unlängst deutlich gemacht, dass die jetzt angekündigte Ausweitung von Car-Sharing und Leihrädern in die Außenbezirke längst überfällig ist. „Allerdings darf sich das ärgerliche Chaos mit Scootern und Rädern da nicht wiederholen.“

„Es ist dringend sicherzustellen, dass die Verkehrsmittel nicht auf Gehwegen und in Grünanlagen wild geparkt werden. Es muss feste Stellplätze und Schließanlagen geben. Leihfahrzeuge, die nicht innerhalb von 24 Stunden abgeholt werden, sind zu verschrotten. Fahrverstöße wie das Befahren von Gehwegen müssen konsequent geahndet werden.“

„Wir haben für die Kritik und Vorbehalte vieler Berliner nach dem ganzen Durcheinander auf Straßen und Plätzen in der City Verständnis und fordern seit langem ein klares Verkehrskonzept für die Nutzung von Leihrädern und Tretrollern. Warum die Senatsverkehrsverwaltung dies immer noch nicht vorgelegt hat und ihre Verantwortung nunmehr auf die Bezirke schieben will, ist für uns nicht nachvollziehbar.“

### Fragestunde

## Mehr Inklusion bei der Planung von Sportstätten

**Stephan Standfuß**

Manchmal ist es nur die gut sichtbare Wandfarbe, die eine bessere Orientierung ermöglicht oder einfachere Beschriftungen bzw. verständliche Bilder statt Beschriftungen. Oftmals kostet es auch kein Vermögen, eine Sportstätte für inklusiven Sport zu gestalten, zumindest, wenn es rechtzeitig bei der Planung berücksichtigt wird. Darum ging es gestern im Plenum: Zukünftig soll bei der Planung

von neuen Sportstätten neben der Barrierefreiheit auch inklusiv mitgedacht werden - eigentlich eine Selbstverständlichkeit!



### Presseerklärung

## Flugticket auch für den Nahverkehr: CDU-Fraktion unterstützt IHK-Forderung nach besserer BER-Anbindung

**Oliver Friederici**

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion zu Forderungen der IHK, den BER besser anzubinden:



„Wir müssen alles daransetzen, ein Verkehrschaos nach der geplanten BER-Eröffnung Ende des Jahres zu vermeiden. Da lohnt es sich auch über finanzielle Anreize zur Nutzung der Bahnangebote nachzudenken, die über das hinausgehen, was die IHK heute vorgeschlagen hat. Wir halten es für sinnvoll, dass das Flugticket auch zur kostenlosen Nutzung des Nahverkehrs für die An- und Abreise berechtigt“, so der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion.

Presse

## Europasportpark endlich weiterentwickeln

**Stephan Standfuß**

Das Areal rund um die Schwimm- und Sporthalle und das Velodrom im Europasportpark im Ortsteil Prenzlauer Berg ist ein essentieller Austragungsort für nationale und internationale Wettkämpfe. Es wurde anlässlich der Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele 2000 im Jahre 1993 gebaut. Als die Olympischen Spiele doch in Sydney stattfanden, wurde das Olympiagelände nur zum Teil ausgebaut: 6.000 qm<sup>2</sup> blieben im Rohbau zurück.



„Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das unfertige und mithin unbenutzbare Gelände endlich fertig gebaut wird. Da steckt sehr viel verlorenes Potential in dem gesamten Komplex“, sagt der sportpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Berlin Stephan Standfuß, der auch in der Abendschau letzten Samstag den Senat aufforderte, endlich tätig zu werden.



Die wachsende Stadt braucht diese Flächen dringend. Mit der leider schon notwendigen Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes sollte man die Erschließung der

schlummernden Rohbauflächen gleich mitplanen. Das würde vor allem dem Sport in Berlin zugutekommen. Gestern gab es einen fraktionsübergreifenden Beschluss, dass der Senat verschiedene Nutzungsmöglichkeiten prüfen und mit der Planung zur Erschließung beginnen soll.

Presse

## Griessmuehle vor dem Aus bewahren

**Christian Goiny**

Christian Goiny, medienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt:

„Mit dem über die Stadtgrenzen bekannten Techno-Club Griessmuehle droht Berlin ein weiterer schwerer Verlust für die Clubkultur. Nach Sage und KitKat droht sich damit das Clubsterben unter Rot-Rot-Grün fortzusetzen.“

Die Probleme sind seit Jahren bekannt, Senat und Koalition aber handeln nicht. Durch Lippenbekenntnisse des Kultursenators ist keine einzige dieser Institutionen des Berliner Nachtlebens bisher gerettet worden.



Wir wollen die Griessmuehle vor dem Aus bewahren und haben daher beantragt, der Senat sollte Alternativ-Standorte auf landeseigenen Grundstücken vorschlagen. Unser Antrag wurde heute mit Dringlichkeit eingebracht. Wir werden das Thema als Besprechungspunkt im Kulturausschuss am Montag anmelden. Clubs wie die Griessmuehle sind Besuchermagneten und ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt.“

---

**Aktuelle Meldungen****Endlich Weichen für den U-Bahnausbau stellen - Notwendigkeit der Verlängerung der U 7 unbestritten****Oliver Friederici**

„Wir unterstützen die Verlängerung der U-Bahnlinie 7 Richtung bis zur Staakener Heerstraße bzw. bis Schönefeld. Die Entscheidung ist überfällig, die angekündigte Machbarkeitsstudie darf nicht zum weiteren Bremsklotz werden. Die U-Bahn ist im Vergleich zur Tram das leistungsfähigere und schnellere Verkehrsmittel und beansprucht weit weniger Verkehrsfläche.“

„Damit ist die U-Bahn für die zu erwartenden Menge an Fahrgästen und die Attraktivität des Nahverkehrs die einzig richtige Entscheidung. Ohne mehr U- und S-Bahnen aber werden sich die Herausforderungen einer wachsenden Stadt nicht bewältigen lassen. Wir erwarten jetzt eine schnelle Weichenstellung des Senats.“

---

**Mehr Sicherheit im Bezirk - Mobile Polizeiwache****Stephan Standfuß**

Zurzeit berät die [Polizei mit ihrer mobilen Wache](#) in der dunklen Jahreszeit Bürger über die Verhinderung von Einbrüchen und Fahrrad-diebstählen. Anfang Januar stand die Mobile

Polizeiwache auch auf dem Sderotplatz gegenüber unseres Zehlendorfer Bürgerbüros.

Dort konnte man auch sein Fahrrad kostenlos registrieren lassen, alles im Dienste der Sicherheit. Der Wahlkreisabgeordnete Stephan Standfuß informierte sich direkt an der mobilen Wache und erfuhr, dass dieses Angebot von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirks sehr gut angenommen wird.

Er freute sich darüber, dass die mobile Wache einen ganzen Monat im Bezirk unterwegs sein wird und fordert gleichzeitig noch mehr Polizeipräsenz im gesamten Bezirk. Neben der Aufgabe, Straftaten zu verhindern, ist es auch wichtig, dass die Polizei Präsenz in der Öffentlichkeit zeigt und als Ansprechpartner, Freund und Helfer den Menschen in Steglitz-Zehlendorf zur Seite steht.

Natürlich werden wir auch im Abgeordnetenhaus weiter dafür kämpfen, dass ausreichend Mittel hierfür zur Verfügung stehen.



[Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist nach Fertigstellung auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

**Impressum / ViSdP:** Die Mitglieder des Abgeordnetenhaus: Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.

Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, [buengerbuero.hindenburgdamm@gmail.com](mailto:buengerbuero.hindenburgdamm@gmail.com);  
Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, [kontakt@starkes-zehlendorf.de](mailto:kontakt@starkes-zehlendorf.de)